Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1919)

Artikel: Bericht des Regierungspräsidiums

Autor: Simonin / Moser / Stauffer, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-416914

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1919.

Bericht des Regierungspräsidiums.

Regierungspräsident:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat **Simonin.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat Dr. **Moser.**
Vizepräsident des Regierungsrates:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat Dr. **Moser.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dez.:	Regierungsrat **A. Stauffer.**

Volksentscheide.

Im Berichtsjahre fanden zwei kantonale und zwei eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

I. Auf den 6. April 1919 war angesetzt die Volksabstimmung über: 1. den Gesetzesentwurf über die Erbschafts- und Schenkungssteuer; 2. den Gesetzesentwurf über den Salzpreis; 3. den Beschlussesentwurf betreffend die Aufnahme eines Anleihens von 25 Millionen Franken. Die sämtlichen drei Vorlagen wurden vom Volke angenommen, und zwar: die erste mit 48,656 gegen 25,247, also mit einem Mehr von 23,409 Stimmen; die zweite mit 54,135 gegen 19,501, also mit einem Mehr von 34,634 Stimmen; die dritte mit 53,129 gegen 20,090, also mit einem Mehr von 33,039 Stimmen.

Die Zahl der am 6. April 1919 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger betrug 166,203.

II. Auf den 4. Mai 1919 war angesetzt die Volksabstimmung über den Gesetzesentwurf betreffend die obligatorische Krankenversicherung und über das Volksbegehren auf Erlass eines Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetzinitiative 1913/14). Die erste Vorlage wurde mit 44,309 gegen 20,775, also mit einem Mehr von 22,534 Stimmen angenommen; die zweite Vorlage wurde mit 51,450 gegen 11,431, also mit einem Mehr von 40,019 Stimmen verworfen.

Die Zahl der am 4. Mai 1919 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger betrug 166,572.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

Es fanden statt am 4. Mai 1919:

1. die Volksabstimmung über den Art. 24ter der Bundesverfassung (Gesetzgebung über die Schiffahrt). Die Vorlage wurde im Kanton Bern mit 51,248 gegen 13,893, also mit einem Mehr von 37,355 Stimmen, und in der ganzen Schweiz mit 399,131 gegen 78,260, also mit einem Mehr von 320,871 Stimmen angenommen. Alle Standesstimmen wurden für Annahme abgegeben;

2. die Volksabstimmung über einen neuen Artikel der Bundesverfassung betreffend die Erhebung einer ausserordentlichen Kriegssteuer. Diese Vorlage wurde im Kanton Bern mit 37,501 gegen 26,641, also mit einem Mehr von 10,860 Stimmen angenommen. In

der ganzen Schweiz wurden abgegeben 307,528 annehmende und 165,119 verwerfende, also ein Mehr von 142,409 annehmenden Stimmen. Die Standesstimmen wurden abgegeben wie folgt: 17 ganze und 6 halbe Stimmen für Annahme, 2 ganze Stimmen für Verwerfung.

Die Zahl der in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger des Kantons Bern betrug an jenem Tage 168,297.

Ferner fand statt am 10. August 1919 die Volksabstimmung über den Bundesbeschluss betreffend Aufnahme von Übergangsbestimmungen zu Art. 73 der Bundesverfassung (Wahlen in den Nationalrat und den Bundesrat). Die Vorlage wurde im Kanton Bern mit 26,277 Ja gegen 4494 Nein, also mit einem Mehr von 21,783 Stimmen angenommen. In der ganzen Schweiz wurden abgegeben 200,008 Ja und 79,369 Nein. Von den Standesstimmen stimmten 19 ganze und 5 halbe Stände mit Ja, ein halber Stand stimmte mit Nein.

Die Zahl der in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger des Kantons Bern betrug 168,868; in der ganzen Schweiz waren stimmberechtigt 931,523 Bürger.

Abstimmungswesen.

Die Präsidialabteilung war, veranlasst durch die vom Grossen Rate ohne Widerspruch erheblich erklärte Motion Grimm betreffend Einführung der Proportionalwahl des Grossen Rates, mit der Revision der Wahlgesetzgebung beschäftigt; die Arbeit ist bis Ende des Jahres zum Abschluss der ersten Lesung des Entwurfes zu einem Gesetze über die Abstimmungen und Wahlen gediehen.

Mehr als früher machten die Einwohnergemeinderäte im Jahre 1919 von der Möglichkeit Gebrauch, beim Regierungsrat die Genehmigung für die Aufstellung von sogenannten Samstagsurnen nachzusuchen; eine Reihe von Gemeinden hat sich ferner dazu entschlossen, neben dem Hauptabstimmungslokal noch weitere Abstimmungslokale in entfernteren Teilen der Gemeinde zu errichten. Dieses Vorgehen ist zu begrüssen als ein Mittel zur Hebung der Stimmbeteiligung.

Die Stimmbeteiligung war auch im Jahre 1919 schwach. Sie betrug für den kantonalen Abstimmungstag vom 6. April 45.1 %, für den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungstag vom 4. Mai 38.7 %, für den eidgenössischen Abstimmungstag vom 10. August 18.2 %. Bern befand sich mit den Beteiligungsziffern vom 4. Mai und 10. August von sämtlichen Kantonen an 18. resp. an 14. Stelle. Ausserordentlich stark war dagegen die Beteiligung der Wähler an den Nationalratswahlen vom 26. Oktober. Es nahmen an diesem Wahlgeschäfte von total 172,531 Stimmberechtigten deren 143,911 oder 83.4 % teil.

Vertretung in den eidgenössischen Räten.

Als *Ständeräte* — mit Amtsdauer vom 1. Dezember 1919 bis und mit 30. November 1920 — wurden vom Grossen Rate am 27. November 1919 gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprech P. Charmillot in St. Immer.

Am 26. Oktober 1919 erfolgte die Gesamterneuerung des *Nationalrates,* die zum erstenmal nach dem Grundsatze der Proportionalität und in einem einzigen Wahlkreis vor sich ging. Zur Einführung der Gemeindewahlausschüsse in den Mechanismus des neuen Wahlverfahrens hatte der Regierungsrat die amtsbezirksweise Durchführung von eintägigen Informationskursen angeordnet, die von der Staatskanzlei organisiert wurden und gute Früchte trugen. Von den rund 500 Wahlprotokollen der Gemeinden mussten 20 wegen Ungenauigkeiten teils an die betreffenden Gemeinden zurückgewiesen, teils vom kantonalen Wahlbureau selber nachgerechnet werden.

Für die Nationalratswahlen reichten sieben Parteien Wahlvorschläge ein. Es wurden gewählt:

1. Von der Liste des *Grütlivereins* (sozialdemokratische Volkspartei) ein Kandidat, nämlich:
Dr. Aug. Rikli, Spitalarzt in Langenthal.

2. Von der Liste der *Sozialdemokratischen Partei* des Kantons Bern: neun Kandidaten, nämlich:
E. Düby, Generalsekretär des V. S. E. A., Bern;
Gust. Müller, Stadtpräsident, Bern;
Oskar Schneeberger, Gemeinderat, Bern;
Ernst Jakob, Lokomotivführer, Port;
Aug. Huggler, Parteisekretär, Bern;
E. Ryser, Arbeitersekretär, Biel;
Herm. Brand, Arzt, Melchnau;
Achille Grospierre, Verbandssekretär, Bern;
Ad. Bucher, Metallarbeitersekretär, Thun.

3. Von der Liste der *Bernischen Fortschrittspartei:* drei Kandidaten, nämlich:
Otto Graf, Lehrersekretär, Bern;
Herm. Schüpbach, Fürsprech, Steffisburg;
Emil Lohner, Regierungsrat, Bern.

4. Von der Liste der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei:* sechszehn Kandidaten, nämlich:
Fr. Burren, Regierungsrat, Bern;
Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Bern;
Joh. Jenny, Landwirt, Worblaufen;
Jak. Freiburghaus, Landwirt, Spengelried;
Gottl. Bühler, Notar, Frutigen;
Ferd. Rothpletz, Ingenieur, Bern;
Fritz Joss, Gewerbesekretär, Burgdorf;
Fr. Siegenthaler, Landwirt, Trub;
Gottfr. Gnägi, Landwirt, Schwadernau;
Rud. Minger, Landwirt, Schüpfen;
Dr. K. Moser, Regierungsrat, Bern;
Dr. R. König, dipl. Landwirt, Brugg;
Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil;
Joh. Jak. Hadorn, Notar, Spiez;
Fritz Spichiger, Fabrikant, Biglen;
Gottfr. Hämmerli, Pfarrer, Heimiswil.

5. Von der Liste der *Evangelischen Volkspartei:* kein Kandidat.

6. Von der Liste der *Katholischen Volkspartei:* ein Kandidat, nämlich:
Jos. Choquard, Regierungsstatthalter in Pruntrut.

7. Von der Liste des *Parti libéral populaire jurassien:* zwei Kandidaten, nämlich:
Th. Möckli, Lehrer in Neuenstadt;
M. Gœtschel, Fürsprech in Delsberg.

Bis Ende des Jahres 1919 trat im Bestande der bernischen Deputation des Nationalrates eine Veränderung ein. Regierungsrat Dr. Moser (Liste 4) erklärte den Rücktritt und es folgte an seine Stelle nach: Gottfr. Stähli, Parteisekretär in Bern.

Grosser Rat.

Im Bestande des Grossen Rates traten sechs Veränderungen ein, davon drei infolge von Rücktritt und drei infolge von Todesfall. Es fanden fünf Neuwahlen statt, je eine in den Wahlkreisen Riggisberg, Neuenstadt, Bern untere Gemeinde, Gurzelen und Thun.

Für das Verwaltungsjahr 1919/20 wurden gewählt:
zum Präsidenten des Grossen Rates: Fürsprech Hans Pfister in Bern;
zu Vizepräsidenten: Gemeindeschreiber Ad. Ramstein in Ritzenbach und Fürsprech Dr. Dürrenmatt in Herzogenbuchsee;
zu Stimmenzählern: Fabrikant J. Comment in Courgenay, Baumzüchter Gottl. Häsler in Einigen, Landwirt Rud. Schmutz in Oberbalm und Trambilletteur Joh. Weber in Biel.

Der Grosse Rat versammelte sich im Jahre 1919 zu sieben Sessionen mit insgesamt 63 Sitzungen (1918: fünf Sessionen mit 43 Sitzungen).

Es wurden folgende wichtigeren Geschäfte behandelt:

1. Beratung und Beschlussfassung über Gegenstände, welche der Volksabstimmung unterliegen (Art. 26, Ziff. 1 St. V.):

a) Gesetz betreffend Einführung der obligatorischen Krankenversicherung, zweite Beratung;
b) Gesetz über den Salzpreis, erste und zweite Beratung;
c) Gesetz über die Wertzuwachssteuer, erste Beratung;
d) Beschluss betreffend Aufnahme eines Anleihens von 25 Millionen Franken;
e) Gesetz über die Volksabstimmungen und Wahlen, erste Beratung;
f) Gesetz über die Beteiligung des Staates am Bau und Betrieb von Eisenbahnen, erste Beratung;
g) Gesetz betreffend die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen, erste Beratung.

2. Erlass von *Dekreten* und andern Beschlüssen:

a) Dekret betreffend die Besoldungen der Beamten und Angestellten der Staatsverwaltung (Hauptdekret vom 15. Januar und eine Reihe von Spezialdekreten);
b) Dekret über das Busseneröffnungsverfahren in den Gemeinden;
c) Dekret über das Feuerwehrwesen;
d) Ausführungsdekrete zum neuen Steuergesetz;
e) Dekret über die Verwaltung der kantonalen Brandversicherungsanstalt;
f) Dekrete betreffend Gerichtskosten und Zeugengelder;
g) Dekret über die Notariatsgebühren;
h) Dekret über die Gemeindesteuern;
i) Dekrete betreffend Errichtung einer vierten Pfarrstelle an der Heiliggeistkirche zu Bern und betreffend Bildung der Friedenskirchgemeinde zu Bern;
k) Dekret betreffend die Organisation der Sanitätsdirektion;
l) Dekret betreffend die Organisation der Direktion der Finanzen und Domänen;
m) Dekret betreffend Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der Kirchgemeinde Thun;
n) Dekrete betreffend Vereinigung der Gemeinden Bümpliz mit Bern, Mett mit Biel, Madretsch mit Biel und Strättligen mit Thun;
o) Dekrete über die Anwaltskammer und über die Anwaltsgebühren;
p) Dekrete betreffend Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Handelsgerichts und der Zahl der Kammerschreiber;
q) Dekret betreffend Ausrichtung von Teuerungszulagen für das Jahr 1919.

3. *Motionen* und *Interpellationen.*

Es wurden im ganzen 27 Motionen behandelt und alle erheblich erklärt, mit Ausnahme einer einzigen, bei der eine förmliche Beschlussfassung unterblieb. Ferner wurden bei Anlass der Beratung des Staatsverwaltungsberichtes 19 Postulate behandelt, von denen 16 erheblich erklärt wurden.

Interpellationen wurden im Berichtsjahre 38 begründet und beantwortet.

4. An sonstigen *wichtigeren Geschäften,* die der Grosse Rat behandelte, führen wir an: den Beschluss betreffend die Unterstützung der Heimindustrie im Berner Oberland, den Beschluss betreffend Leistung eines Beitrages von Fr. 500,000 an die oberländische Hülfskasse, den Beschluss betreffend die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Automobilgesellschaften, zahlreiche Bodenverbesserungsgeschäfte, die Beschlüsse betreffend Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Fr. 100,000) und zur Förderung der Hochbautätigkeit (Fr. 500,000), den Beschluss betreffend die Neuaufnahme der Arbeiten an der Juragewässerkorrektion.

Unerledigte Geschäfte.

Auf Ende des Berichtsjahres waren beim Grossen Rate hängig, aber noch nicht erledigt, folgende wichtigeren Geschäfte: Gesetz betreffend die Wertzuwachssteuer, Gesetz betreffend die Volksabstimmungen und Wahlen, Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtsabgabe, Dekret betreffend das Zivilstandswesen, Dekret betreffend die Vermögensverwaltung und das Rechnungswesen der Gemeinden.

Regierungsrat.

Regierungspräsidenten waren: bis Ende Mai 1919: Gemeindedirektor H. Simonin; von da an Landwirtschaftsdirektor Dr. Moser.

Vizepräsidenten des Regierungsrates waren: bis Ende Mai: Landwirtschaftsdirektor Dr. Moser; von da an Polizeidirektor Stauffer.

Auf Ende des Jahres nahm seinen Rücktritt aus der Regierung Finanzdirektor Karl Scheurer, um als neugewähltes Mitglied des Bundesrates in den Dienst der Eidgenossenschaft überzutreten. Bei der Gesamterneuerung des Jahres 1910 in den Regierungsrat gewählt, hatte Hr. Scheurer zuerst die Direktionen der Justiz und des Militärs inne, um im Jahre 1915 die Direktion der Finanzen und Domänen zu übernehmen; stellvertretungsweise leitete er die Direktionen der Finanzen, sowie der Bauten und Eisenbahnen. In den zehn Jahren seiner Angehörigkeit zum Regierungskollegium hat Regierungsrat Scheurer ein gewaltiges Mass von Arbeit verrichtet und in allen ihm unterstellten Verwaltungszweigen nachhaltige Spuren seiner fruchtbaren und unermüdlichen Wirksamkeit zurückgelassen. Der Kanton Bern ist diesem Magistraten für seine Verwaltungstätigkeit, die stets auch von hohen politischen Ideen getragen war, zu grossem Dank verpflichtet.

Das Verwaltungsjahr 1919 ist nach der langen Kriegsperiode das erste Friedensjahr. Aber wie auf so vielen andern Gebieten, zeigte es sich auch auf dem Boden der kantonalen Verwaltung, dass es eine Täuschung war, zu glauben, dass sogleich mit dem Friedensschluss ein Nachlassen der Kriegswirkungen eintreten werde. Im Gegenteil, die Wirkungen der ausserordentlichen Zeit traten erst jetzt in vollem Masse in Erscheinung und es hatte auch die Staatsverwaltung diese Nachfrüchte der Kriegszeit zu ernten und sich mit ihnen abzufinden. Die meisten ausserordentlichen Verwaltungsmassnahmen mussten aufrecht erhalten bleiben und teilweise erneuert werden; der Staat musste sich auch mit neuen Folgen der Kriegszeit befassen und ihrem schädlichen Einfluss zu begegnen suchen. Wir verweisen nur auf die schweren Gefahren der Arbeitslosigkeit und auf die sich mit jeder Woche verschärfenden Folgen des Stillstandes im Wohnungsbau, die erst im Jahre 1919 so recht augenfällig wurden und den Staatsbehörden viele Arbeit und schwere Sorgen brachten.

Immerhin, die Tatsache, dass formell der Friede gekommen war, ging doch nicht spurlos an der Verwaltung vorüber. Eine Reihe von Kriegsmassnahmen konnte bereits aufgehoben werden, und schon der Gedanke, dass nun wieder andere Zeiten kommen, bringt eine gewisse Erleichterung in den ganzen Staatshaushalt.

Die eigentliche Prägung hat das Jahr 1919 aber noch durch die Kriegszeit erhalten. Es zeigt sich das schon äusserlich in den Geschäftsziffern. Der Regierungsrat behandelte in 147 Sitzungen insgesamt 9284 Geschäfte (1918: 129 Sitzungen mit 6882 Geschäften).

Bezirksbeamte.

Es wurden im Berichtsjahre getroffen die Neuwahl des Regierungsstatthalters von Burgdorf, wegen Hinscheides des bisherigen Beamten, N. Ramseyer.

Ferner wurden ersetzt: ein Amtsrichter und zwei Amtsgerichtsersatzmänner im Amtsbezirk Seftigen, zwei Amtsgerichtsersatzmänner im Amtsbezirk Aarwangen und ein Amtsgerichtsersatzmann im Amtsbezirk Thun.

Die Gerichtspräsidenten von Obersimmenthal und von Courtelary, sowie der Gerichtspräsident II von Biel reichten ihr Entlassungsgesuch ein. Die daherigen Neuwahlen haben im Berichtsjahre nicht mehr stattgefunden.

Im Monat Dezember verschied in Biel Regierungsstatthalter F. Wysshaar; die Neuwahl fand im Berichtsjahre nicht mehr statt.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Ziffern Auskunft:

Von der Kanzlei an die Direktionen überwiesene Geschäfte	5,779
Überweisungen an den Grossen Rat	407
Ausführung von Drucksachenbestellungen	3,894
Legalisationen	24,114
Publikationen in den Amtsblättern	876

Die *französische Sektion der Staatskanzlei* besorgte ihrerseits im ganzen 4366 Geschäfte, wovon 3216 der Direktionen und der Staatskanzlei, und 1150 des Regierungsrates. Es ergibt sich daraus die sehr beträchtliche Vermehrung von 1689 Geschäften gegenüber dem Vorjahre.

Einem im Jahre 1918 im Grossen Rate geäusserten Wunsche folgend, beschäftigte sich die Staatskanzlei mit der Frage der Ausarbeitung eines Registers zu der kantonalen Gesetzessammlung vom Jahre 1901 an. Es besteht die Absicht, dieses Register auf das Jahr 1920 abzuschliessen. Die Vorarbeiten sind im Gange. Eine andere Anregung betreffend die nummernweise fortlaufende Ausgabe der kantonalen Gesetzessammlung haben wir geprüft, konnten aber gegenüber dem jetzigen Verfahren keine nennenswerten Vorteile finden, so dass wir an der derzeit geübten Art der Herausgabe festzuhalten gedenken.

Staatsarchiv.

Während des Berichtsjahres konnte der Archivdienst endlich wieder — erstmals seit 1914 — unbehindert durch grössere Störungen, wie Militärdienst, Stellvertretung, Krankheit, besorgt werden. Das gesamte Personal lag denn auch planmässig und anhaltend erspriesslicher Arbeit ob. Die im vorjährigen Bericht erwähnten und begründeten Umstellungs- und Ordnungsarbeiten wurden fortgesetzt und in den Archivräumen 1—9 und 12 nahezu abgeschlossen, während sie in den Räumen 10 und 11 (der einstigen Rathaushalle), sowie im Käfigturm noch im Gange sind. Von den in systematischer Ordnung neu aufgestellten Abteilungen seien, ausser verschiedenen von alters her mit Nummern versehenen Beständen, besonders folgende hervorgehoben, und zwar in der Reihenfolge der Archivräume: Eidbücher, Rote Bücher, Advokatur und Notariat, Geheimer Rat, Ämterbücher und Ämtermappen (Akten der Vogteien bzw. Amtsbezirke, 15./19. Jahrhundert), Verfassungsrevisionen, Burgervorschläge (18. Jahrhundert), Salzversorgung (15./18. Jahrhundert), Statutarrechte, Helvetik (Kantone Bern und Oberland), Wehrwesen, Kirchenwesen, Kopialbücher und Regestenwerke, Wahl- und Abstimmungsakten (19./20. Jahrhundert). Die Abteilungen Armenwesen, Bauten, Finanzwesen, Forstwesen, Inneres, Justizwesen u. a. konnten noch nicht zum Abschluss

gebracht werden. Dagegen wurde das gesamte Material an mechanisch reproduzierten Karten und Plänen, sowie an Strassen- und militärischen Plänen neu inventarisiert und bezeichnet. Mehrere Wochen arbeitete das sämtliche Personal an der Nachführung des Bibliothekkataloges. Im ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archiv wurden die Abteilungen: Herrschaft Delsberg, Landstände, Bereine und Renovationen von Urbarien, Testamente, Inventare, Mündelrechnungen etc. bearbeitet, alles sehr umfangreiche Bestände. Ferner wurden die früher sehr ungünstig untergebrachten Drucksachenvorräte des Staatsarchivs gereinigt und neu verpackt, bei 350 Nummern. Eine ebenso notwendige wie langweilige Arbeit war die Kontrollierung von vier Serien des Amtsblattes, ab 1832, auf Vollständigkeit. Diese Serien sollen als „eiserner Bestand" im Staatsarchiv aufbewahrt bleiben, während die ältern Jahrgänge des Amtsblattes aus den Bezirksarchiven entfernt werden, wo dies zur Raumgewinnung zweckmässig erscheint.

Diese Darlegungen erklären es, wieso auf Registraturarbeiten und die Förderung des bernischen Urkundenwerkes wenig Zeit verwendet werden konnte. Auch mussten die auf dem Rathausestrich liegenden Archivalien des helvetischen Kantonsgerichtes, des Appellationsgerichtes und des Obergerichtes ihrem wenig erfreulichen Schicksal überlassen bleiben, weil kein anderer Raum für sie verfügbar ist, bis endlich einmal das neue Archivgebäude zur Tatsache geworden sein wird.

Von grössern Ablieferungen seitens der Direktionen sind zu nennen eine solche der Baudirektion, hauptsächlich ältere technische, namentlich Eisenbahnliteratur umfassend, dann der Militärdirektion, wobei es sich um starke Bestände des Kriegskommissariats bis 1874 handelte. Auch die aufgehobene Justiz- und Polizeiabteilung des kantonalen Lebensmittelamtes lieferte eine ansehnliche Aktengruppe ab. Einen interessanten kleinen Zuwachs bot das Archiv der Strafanstalt Thorberg, umfassend Akten und Konduitenlisten der politischen Staatsgefangenen, die nach dem Reaktionsprozess 1832/39 sich nicht zu Begnadigungsgesuchen entschliessen konnten. Die fraglichen Listen lauten — was beiläufig bemerkt sei — durchwegs auf untadelhaftes Betragen.

Auf Weisung der Justizdirektion nahm der Staatsarchivar in den Bezirksarchiven von Aarberg, Biel, Erlach, Fraubrunnen, Konolfingen und Schwarzenburg zwecks ihrer Entlastung durchgreifende Aussonderungsarbeiten vor. Von den genannten und andern schon früher besichtigten Archiven langten im Berichtsjahre bei 250 Packkisten und zwei Lastautos mit Archivalien aller Art ein, deren Sichtung bei weitem nicht beendigt werden konnte. Gemäss besondern Beschlüssen des Regierungsrates wurden aus diesen Papierbergen nach sorgfältiger Prüfung beträchtliche Mengen als Altpapier ausgeschieden und zum Einstampfen veräussert. Ein Reinerlös von Fr. 1000 wurde der Hülfskasse für das Staatspersonal zugewendet.

Eine Reihe von einzelnen Geschenken an Büchern und Urkunden wurde geziemend verdankt. Ganz besonders erfreute Fräulein Johanna v. Sinner in Muri uns, ebenso wie das Historische Museum und das Kunstmuseum, durch die hochherzige Schenkung zahlreicher Urkunden, Handschriften und Bücher aus ihrem Familienbesitz. Nachdem schon im Vorjahre aus der dem Staate geschenkten Bibliothek von alt Bundesarchivar Dr. J. Kaiser besonders die der Hochschule dienstbaren Bibliotheken bedacht worden waren, kamen nun sämtliche übrigen höhern Lehranstalten des Kantons an die Reihe, ebenso eine grössere Anzahl von Lehrer- und Volksbibliotheken, wobei eine tunlich gerechte Zuwendung an sämtliche Landesteile wegleitend war. Die Zahl der insgesamt verteilten Bücher und Broschüren beträgt rund 1500. Der Staatsarchivar stattete gemäss Stiftung (vgl. Verwaltungsbericht 1916) dem Hallwilschen Familienarchiv im Staatsarchiv zu Aarau einen Besuch ab. Die zu seiner Erschliessung von den Stiftern angeordneten Registrierungsarbeiten sind noch in emsigem Gange und verheissen auch für die bernische Geschichtsforschung willkommene Erleichterungen und Gewinne.

Für amtliche Zwecke und für Studien angehender und erprobter Geschichtsforscher wurde das Staatsarchiv wie ehedem in Friedenszeiten lebhaft beansprucht. Von Studierenden wurden unter ausgedehnter Benützung unserer Materialien folgende Themata bearbeitet: Geschichte des Klosters Trub. Das Wehrwesen der Stadt Murten. Der Transithandel durch die Schweiz im Mittelalter. Die ältesten Handelsstrassen des Kantons Bern. Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich, 1820/30. Berner Bauten des 18. Jahrhunderts. Der bernische Sanitätsrat. Die bernischen Verfassungsrevisionen. Das Erziehungswesen des Kantons Bern während der Regenerationszeit. Die bernische Auswanderung im 19. Jahrhundert. Biographien von Schultheiss Nikl. von Diesbach, Weihbischof Franz Bær, Dekan Joh. Ith, Senator Ludwig Bay, Apotheker und Redaktor Albrecht Höpfner.

Bern, den 25. Februar 1920.

Der Regierungspräsident:
Dr. **Moser.**

Vom Regierungsrat genehmigt am 30. April 1920 und an den Grossen Rat gewiesen.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**